



Protokoll der 6. Sitzung des Einwohnerrates

vom 20. März 2013, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 37 Mitglieder

Entschuldigt: Ratsmitglieder Andreas Lirgg, Hans-Rudolf Schafroth, Pia Steinger

| Traktanden | Laufnummer |
|---|-----------------------|
| 1. Protokoll der Ratssitzung vom 30. Januar 2013 <i>://: Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.</i> | - |
| 2. Quartierplan Mühlematt – Bericht der Bau- und Planungskommission (BPK); 2. Lesung / Verabschiedung <i>://: Der QP Mühlematt wird einstimmig beschlossen.</i> | 2012/18 2012/18a |
| 3. Quartierplan Gstadig – Bericht der Bau- und Planungskommission (BPK) <i>Der QP Gstadig wird in einer 2. Lesung an der Ratssitzung vom 24.04.2013 nochmals beraten.</i> | 2012/22 2012/22a |
| 4. Steuerreglement der Stadt Liestal vom 27.09.2000; Änderungen <i>://: Die Steuerreglements-Änderungen werden einstimmig beschlossen.</i> | 2013/34 |
| 5. Quartierplanung Brunnmatt, Mutation Nr. 01: Umnutzung Spielplatz / Parkierung <i>Die Mutation Nr. 01 der QP Brunnmatt wird in einer 2. Lesung an der Ratssitzung vom 24.04.2013 nochmals beraten.</i> | 2013/39 |
| 6. Reform BLPK: Ausfinanzierung der Basellandschaftlichen Pensionskasse, formulierte Gemeindeinitiative <i>://: Mit grossem Mehr gegen 2 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung beschliesst der Rat die Einreichung der Gemeindeinitiative beim Kanton. ://: Der Stadtrat wird mit grossem Mehr bei 1 Enthaltung ermächtigt, die Initiative zurückzuziehen. ://: Mit grossem Mehr bei 2 Enthaltungen wird die Gemeinde Binningen als federführende Gemeinde bestimmt.</i> | 2013/41 |
| 7. Quartierplan Weierweg <i>://: Die Vorlage QP Weierweg wird einstimmig an die BPK zur Vorbereitung überwiesen.</i> | 2013/42 |
| 8. Schiessanlage Sichertern – Zwischenbericht Stadtrat zum Postulat von Jürg Holinger der Grünen Fraktion betreffend Schiessanlage Sichertern <i>://: Vom stadträtlichen Zwischenbericht gemäss Vorlage Nr. 2011/196a wird einstimmig Kenntnis genommen.</i> | 2011/196 2011/196a |

- | | | |
|-----|--|-------------------------|
| 9. | Lärmschutzmassnahmen Kasernenstrasse – Bericht Stadtrat zum Postulat von Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend Lärmschutzmassnahmen an der Kasernenstrasse <i>://: Vom stadträtlichen Bericht wird einstimmig Kenntnis genommen und das Postulat als erfüllt abgeschrieben.</i> | 2011/197 2011/197a |
| 10. | Parkplatzanlagen Kanton – Bericht Stadtrat zum Postulat von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion betreffend überdimensionierten Parkplatz-Anlagen rund um die kantonalen Verwaltungsgebäude und Spitäler <i>://: Einstimmig wird vom stadträtlichen Bericht Kenntnis genommen. ://: Entgegen dem stadträtlichen Antrag wird das Postulat vom Rat einstimmig nicht abgeschrieben.</i> | 2012/9 2012/9a |
| 11. | Sitzbänke auf Gestadeck-Pausenplatz – Beantwortung der Interpellation von John Brunner der SVP-Fraktion betreffend Sitzbänken auf dem Gestadeck-Pausenplatz durch den Stadtrat <i>Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.</i> | 2012/24 |
| 12. | Parkraum-Bewirtschaftungskonzept - Postulat von Michael Bischof und Martin Spiess der FDP-Fraktion betreffend Ausarbeitung eines Parkraum-Bewirtschaftungskonzeptes <i>://: Das Postulat wird einstimmig an den Stadtrat überwiesen.</i> | 2012/27 |
| 13. | Trinkwasserverunreinigungen – Beantwortung der Interpellation von Claudio Wyss der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend Mikroverunreinigungen im Liestaler Trinkwasser durch den Stadtrat <i>Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.</i> | 2012/28 |
| 14. | Hofgut Gräubern – Schriftliche Beantwortung der Interpellation von Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend dem unter Schutz stehenden Hofgut „Gräubern“ durch den Stadtrat <i>Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.</i> | 2012/29 2012/29a |
| 15. | Kinderfreundliche Gemeinde - Postulat von Elisabeth Augstburger der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend Erwerb des Labels „Kinderfreundliche Gemeinde Liestal“ <i>://: Das Postulat wird mit 20 Ja-Stimmen gegen 16 Nein-Stimmen an den Stadtrat überwiesen.</i> | 2012/30 |
| 16. | Vereinfachung des Zugang zur Verwaltung – Bericht des Stadtrats zum Postulat von Daniel Spinnler und Bernhard Fröhlich namens der FDP-Fraktion <i>://: Einstimmig nimmt der Rat vom stadträtlichen Bericht gemäss Vorlage Nr. 2007/162e Kenntnis und schreibt das Postulat als erfüllt ab.</i> | 2007/162 2007/162a-e |
| 17. | OEW-Zonen – Motion von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion, von Thomas Eugster namens der FDP-Fraktion, von Peter Küng namens der SP-Fraktion, Jürg Holinger namens der Grünen Fraktion und Vreni Wunderlin namens der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend Überarbeitung der OEW-Zonen in Liestal <i>://: Die Motion wird einstimmig an den Stadtrat überwiesen.</i> | 2013/35 |

18. Wirtschaftsstandort-Attraktivitätserhöhung – Postulat von Daniel Spinner der FDP-Fraktion betreffend Attraktivitätserhöhung des Wirtschaftsstandorts Liestal 2013/36
://: Das Postulat wird einstimmig an den Stadtrat überwiesen.
19. Genossenschaftliches Bauen und Wohnen – Postulat von Matthias Zimmermann namens der SP-Fraktion und Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion 2013/37
://: Mit grossem Mehr gegen 5 Nein-Stimmen wird das Postulat an den Stadtrat überwiesen.
20. Familienergänzende Kinderbetreuung in KITAS auf Basis der Subjektfinanzierung – Postulat von Erika Eichenberger der Grünen Fraktion, von Thomas Eugster der FDP-Fraktion und Patrick Mägli der SP-Fraktion 2013/38
://: Das Postulat wird mit 34 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen an den Stadtrat überwiesen.

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) begrüsst die Ratsmitglieder sowie Gäste und Medienvertreter zur März-Sitzung des Einwohnerrates.

Speziell wird das neue Einwohnerratsmitglied Stefan Fraefel der CVP/EVP/GLP-Fraktion zu seiner ersten Sitzung im Liestaler-Parlament willkommen geheissen.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) stellt das neue Ratsmitglied Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) vor: Dieser ist 31 Jahre alt, verlobt und wohnt seit der Geburt in Liestal. Er ist Bürger von Liestal und ist als Staatsanwalt in Sissach tätig, weshalb seine Privatadresse nicht öffentlich bekannt gegeben wird. Er ist Vorstandsmitglied der CVP Baselland, Mitglied der Synode der röm.-kath. Kirche Baselland und Wahlbüromitglied in Liestal.

Mitteilungen des Ratsbüros

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) orientiert darüber, dass an der letzten Bürositzung vom 14. März 2013 diejenigen Paragraphen definiert wurden, welche bei der bevorstehenden Revision des ER-Geschäftsreglementes thematisiert werden sollen. Betreffend dem weiteren Vorgehen wird auf das Protokoll der Bürositzung verwiesen. Spätestens bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode sollte das überarbeitete und genehmigte Reglement vorliegen.

Tischpapiere

Den Ratsmitgliedern sind folgende Tischpapiere verteilt worden:

- Stimmzettel, violett
- Vorlagen Nr. 2013/43 – Nr. 2013/46 (neue Vorstösse)
- Flyer Weltküche-Anlass vom 13.04.2013

Stimmzähler/innen

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmzähler/innen bestimmt:

- | | |
|--------------------|--|
| - Hanspeter Meyer | Seite A (SP, GL) |
| - Heinz Lerf | Seite B (SVP, CVP/EVP/GLP) |
| - Fabian Eisenring | Seite C (FDP) + Präsidium, Referent/in |

Neue persönliche Vorstösse

- Interpellation zum Rückbau der Rheinstrasse von Jürg Holinger der Grünen Fraktion (Nr. 2013/43)
- Interpellation von Matthias Zimmermann der SP-Fraktion betreffend besserem Sichern von Schulwegen (Nr. 2013/44)
- Interpellation zur Raumplanung in Liestal von Diego Stoll der SP-Fraktion (Nr. 2013/45)
- Postulat „Tempo 30 Heidenlochstrasse – Sicherheit für Fussgänger“ von Corinne Ruesch der Grünen Fraktion (Nr. 2013/46)

Mitteilungen des Stadtrates

Stadtpräsident Lukas Ott teilt mit, dass Stadtbaumeister Martin Hofer die Stadt Liestal per Ende Juli 2013 verlassen und eine Stelle in der Privatwirtschaft antreten wird. Die Stellenausschreibung wird vermutlich im April 2013 erfolgen. Herr Hofer ist seit 1998 bei der Stadt Liestal angestellt und hatte während dieser Zeit verschiedene Projekte begleitet, die zum Teil für die Entwicklung Liestals sehr wichtig waren. Herrn Hofer wird für das Geleistete bereits an dieser Stelle der beste Dank ausgesprochen.

Zudem kann er die Mitteilung machen, dass vom 12. – 22. September 2013 die Baselbieter-Genusswoche stattfinden wird. Dieser Anlass wird in der ganzen Schweiz seit 2002 durchgeführt und findet dieses Jahr erstmals in der Nordwestschweiz statt. Der Stadtrat ist überzeugt davon, dass auch Liestal von den wichtigen Impulsen für die Gastronomie und den Tourismus profitieren kann.

Traktandenliste

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) kann nach erfolgter Umfrage feststellen, dass bezüglich der Traktandenliste der heutigen Sitzung keine Wortbegehren angemeldet und/oder Änderungsanträge gestellt werden.

://: Die Traktandenliste wird gemäss Einladungsschreiben vom 05. März 2013 beschlossen.

60 0.01.011.01 Einwohnerrat

1. Protokoll der Ratssitzung vom 30. Januar 2013

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) orientiert, dass beim Büro keine Änderungsanträge betreffend dem Protokoll vom 30.01.2013 eingegangen sind. Zum Geschäft bzw. Protokoll werden keine Wortbegehren angemeldet.

://: Das Protokoll der Ratssitzung vom 30. Januar 2013 wird einstimmig genehmigt.

61 0.01.011.01 Einwohnerrat

2. Quartierplan Mühlematt – Bericht der Bau- und Planungskommission; 2. Lesung / Verabschiedung (Nr. 2012/18)

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Der QP Mühlematt ist an der letzten Sitzung vom 30. Januar 2013 intensiv besprochen worden. Verschiedene Anträge wurden diskutiert und darüber abgestimmt.

Die Fraktions- und Einzelsprecher werden gebeten, die an der letzten Sitzung gemachten Aussagen nicht nochmals zu wiederholen, damit das Geschäft heute speditiv behandelt werden kann.

Er kann feststellen, dass zum Geschäft keine Wortbegehren der Einwohnerrats- oder Stadtratsmitglieder angemeldet werden, weshalb auch gleich über die Anträge abgestimmt werden kann.

://: Den Anträgen des Stadtrates und der BPK stimmt der Rat einstimmig zu und beschliesst die verbindlichen Bestandteile des Quartierplans Mühlematt, bestehend aus dem Situationsplan/Schnittplan 1:500 und dem Reglement.

62 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Quartierplan Gstadig – Bericht der Bau- und Planungskommission (BPK); 1. Lesung (Nr. 2012/22)

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Gemäss § 78 des Geschäftsreglementes ist die Quartierplanung 2-fach zu beraten. Das heisst, dass an der heutigen Sitzung nicht über die Anträge des Stadtrates sowie der BPK abgestimmt wird.

Diego Stoll (SP) stellt als Kommissionspräsident kurz den BPK-Bericht gemäss Vorlage Nr. 2012/22a vor: Der BPK wurden bei einer ersten Sitzung die Dimensionen dieses Projektes aufgezeigt sowie Fragen der Kommissionsmitglieder beantwortet. Das Projekt mit einem Investitionsvolumen von rund 19 Mio. Franken ist von der BPK grundsätzlich positiv aufgenommen worden. Die Zusatzanträge werden von der Kommission im Bericht begründet und sind von der BPK einstimmig beschlossen worden. Der Antrag 3.2.1. ist nicht verpflichtend, denn die Bauherrschaft würde bei einer Gutheissung des BPK-Antrages lediglich dazu eingeladen, die baurechtlich überzähligen Parkplätze eines allfälligen Parkhauses technisch so auszustatten, dass diese an ein Parkleitsystem angeschlossen werden könnten. Beim Zusatzantrag 3.2.2. geht es darum, dass die gesetzliche Bestimmung betreffend einer behindertengerechten Bauweise ins QP-Reglement aufgenommen wird. Auch stimmt die BPK dem Hauptantrag bzw. dem stadträtlichen Antrag gemäss Pkt. 3.3. des Kommissionsberichtes einstimmig zu.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) berichtet, ihre Fraktion begrüsse das Projekt und die geplante Bautätigkeit im Gstadig-Gebiet mit einem Investitionsvolumen von 19 Mio. Franken. Ganz speziell wird auch der BPK-Antrag Nr. 3.2.2. betreffend der behindertengerechten Bauweise unterstützt. Die Mittefraktion unterstützt ganz klar die BPK-Anträge.

Matthias Zimmermann (SP) sagt, auch seine Fraktion unterstütze die Anträge der BPK. Am letzten Freitag ist ein Knabe bei einem Verkehrsunfall so schwer verletzt worden, dass die Rega zum Einsatz kommen musste. Ganz konsequent soll deshalb der Langsamverkehr auch bei jedem Quartierplan gefördert werden. Auch der wichtige Zusatzantrag 3.2.2. betreffend einer behindertengerechten Bauweise macht Sinn, da solche Wohnungen insbesondere an zentraler Lage für ältere Leute realisiert werden sollten.

Hanspeter Zumsteg (GL) teilt mit, die Grüne Fraktion finde den QP Gstadig ebenfalls ein gutes Projekt, da mit der verdichteten Bauweise Räume für das Gewerbe und auch kostengünstige Wohnungen realisiert werden sollen. Erfreulich ist auch, dass im Umgebungsplan auch ökologische Ausgleichsflächen gemäss LEK berücksichtigt sind. Gut ist zudem, dass der Vorschlag seiner Fraktion betreffend dem Langsamverkehr in der BPK positiv aufgenommen wurde und nun auch im Zusatzantrag 3.1. formuliert ist. Die BPK-Anträge werden von seiner Fraktion einstimmig unterstützt.

Thomas Eugster (FDP) hält fest, dass dem Rat mit dem vorliegenden QP Gstadig ein weiteres hochwertiges Projekt mit einem grösseren Investitionsvolumen vorgelegt wird, welches eine gute Mischung zwischen Wohn- und Gewerbeflächen ausweist. Die BPK-Anträge sind nachvollziehbar und machen Sinn. Der Zusatzantrag, dass neue Parkhäuser technisch so ausgerüstet werden, dass sie an ein Parkleitsystem angeschlossen werden können, findet in seiner Fraktion Zustimmung. Ebenfalls werden die übrigen BPK-Anträge betreffend Förderung des Langsamverkehrs sowie behindertengerechter Wohnungen in Zentrumsnähe unterstützt.

Beat Gränicher (SVP) erklärt, auch die SVP-Fraktion wird den BPK-Anträgen zustimmen. Erfreulich ist es, dass alle Fragen im Zusammenhang mit dem vorliegenden Geschäft im Rahmen der Kommissionsberatung abschliessend beantwortet werden konnten.

Stadtrat Peter Rohrbach dankt für die gute Aufnahme des Geschäfts in den Fraktionen. Aus Sicht des Stadtrates gibt der BPK-Zusatzantrag 3.2.1. betreffend der Parkhaus-Ausstattung für einen späteren Parkleitsystem-Anschluss ein Problem methodischer Art, denn ein Quartierplan-Reglement sollte nicht mit Wünschen gefüllt werden. Richtig wäre es, wenn dieser Punkt im Planungsbericht aufgenommen würde, denn in ein QP-Reglement gehören nur verpflichtende und verbindliche Auflagen wie beispielsweise die Zusatzanträge 3.1 und 3.2.2. der BPK.

Diego Stoll (SP) nimmt Bezug auf die stadträtliche Stellungnahme und hält fest, dass der Einwohnerrat das Reglement und die Pläne einer Quartierplanung zu genehmigen hat. Die BPK-Anträge sind rechtlich zulässig und können somit auch mit Ratsbeschluss zusätzlich in das QP-Reglement aufgenommen werden. Er kann sich persönlich mit dem Vorschlag für die Aufnahme der BPK-Zusatzanträge in den Planungsbericht gemäss Vorschlag des Stadtrates nicht anfreunden. Die erwähnten Zusatzanträge sind in Anwesenheit von Stadtrat Peter Rohrbach von den Kommissionsmitgliedern einstimmig beschlossen worden.

Michael Bischof (FDP) legt dar, dass von Fraktionspräsident Thomas Eugster bereits gesagt wurde, dass von der FDP die Kommissionsanträge unterstützt werden. Mit der Aufnahme der BPK-Zusatzanträge würde die Bauherrschaft beispielsweise dazu eingeladen, auf freiwilliger Basis ein allfälliges Parkhaus so auszustatten, dass dieses gegebenenfalls an ein Parkleitsystem angeschlossen werden könnte. Sollte der Rat den stadträtlichen Vorschlag unterstützen, so würde die FDP-Fraktion den Antrag stellen, dass der Zusatzantrag 3.2.1. als Verpflichtung und nicht als Wunsch in das QP-Reglement aufgenommen würde.

Ratspräsident Gerhard Schafroth macht den Vorschlag, dass die erste Beratung an dieser Stelle abgebrochen wird und sich die Einwohnerrats- und Stadtratsmitglieder bis zur zweiten Lesung an der nächsten Sitzung vom 24.04.2013 nochmals Gedanken zum stadträtlichen Vorschlag bzw. den BPK-Zusatzanträgen machen.

Er kann nach Umfrage feststellen, dass sich die Ratsmitglieder mit dem Vorschlage einverstanden erklären können und keine weiteren Wortbegehren zum Geschäft angemeldet werden.

Der Quartierplan Gstadig wird in einer 2. Lesung an der Ratssitzung vom 24. April 2013 nochmals beraten.

63 0.01.011.01 Einwohnerrat

4. Steuerreglement der Stadt Liestal vom 27.09.2000, Änderungen (Nr. 2013/34)

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Das Büro schlägt dem Rat die Direktberatung der stadträtlichen Vorlage vor, da es sich nicht um substantielle Änderungen handelt. Die Ratsmitglieder bzw. Fraktionssprecher möchten sich nun zuallererst nur dazu äussern, ob die Vorlage Nr. 2013/34 an der heutigen Sitzung direkt beraten oder aber an eine einwohnerrätliche Kommission zur Vorberatung überwiesen werden soll.

Er kann dem Stillschweigen der Ratsmitglieder entnehmen, dass sich die Ratsmitglieder mit der Direktberatung der stadträtlichen Vorlage einverstanden erklären können.

Walter Leimgruber (SP) führt aus, dass er sich mit den Reglementsänderungen im Detail befasst hatte. Bei der Teilrevision geht es um formelle Anpassungen und die Straffheit des Reglementes entspricht der Stossrichtung der GOR, dass übergeordnete gesetzliche Bestimmungen nicht in einen kommunalen Erlass aufgenommen werden. Einzig bei § 9 stellt sich die Frage, ob bezüglich der Zuständigkeit bei Stundungs- und Erlassgesuchen der Bereich „Finanzen/Einwohnerdienste“ bezeichnet werden soll. Denn eine Umbenennung dieses Bereiches hätte dann auch wieder eine Teilrevision des Steuerreglementes zur Folge.

Jürg Holinger (GL) sagt, seine Fraktion wird dem stadträtlichen Antrag zustimmen.

Markus Meyer (SVP) berichtet, auch die SVP-Fraktion unterstütze die beantragten marginalen Reglementsänderungen.

Corinne Hügli (CVP/EVP/GLP) erklärt, auch die Mittefraktion wird dem stadträtlichen Antrag zustimmen.

Lorenz Rudin (FDP) bemerkt, auch seine Fraktion wird den formellen Reglementsanpassungen gemäss stadträtlichen Vorlage zustimmen.

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) kann feststellen, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren zum Geschäft angemeldet werden.

://: Einstimmig beschliesst der Einwohnerrat die Änderungen des Steuerreglementes gemäss synoptischen Darstellung der stadträtlichen Vorlage Nr. 2013/34.

64 0.01.011.01 Einwohnerrat

5. Quartierplanung Brunnmatt, Mutation Nr. 01: Umnutzung Spielplatz / Parkierung (Nr. 2013/39)

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Das Büro schlägt dem Rat die Direktberatung der stadträtlichen Vorlage vor.

Gemäss § 78 des Geschäftsreglementes ist eine Quartierplanung 2-fach zu beraten. Das heisst, dass an der heutigen Sitzung auch bei einer Direktberatung nicht über die stadträtlichen Anträge abgestimmt würde.

Die Fraktionssprecher möchten sich nun zuallererst nur dazu äussern, ob die Vorlage Nr. 2013/39 an der heutigen Sitzung in einer ersten Lesung direkt beraten werden oder ob diese an die Bau- und Planungskommission zur Vorberatung überwiesen werden soll.

Er kann dem Stillschweigen der Ratsmitglieder entnehmen, dass sich die Ratsmitglieder mit der Direktberatung der stadträtlichen Vorlage einverstanden erklären können.

Corinne Ruesch (GL) sagt, dass die Parkplätze seit 20 Jahren bestehen und es in unmittelbarer Nähe zwei Spielplätze gibt. Ihre Fraktion ist deshalb der Meinung, dass der beantragten Mutation zugestimmt werden kann, doch ist es wichtig, dass die restliche Grünfläche belassen wird und darauf keine weiteren Parkplätze erstellt werden. Begrüssenswert ist auch, dass die Zu- und Wegfahrt zu den Parkplätzen nicht direkt über die Arisdorferstrasse gestattet ist. Die Grüne Fraktion wird dem stadträtlichen Antrag zustimmen.

Pascal Porchet (FDP) hält fest, dass der geplante Bürogebäude-Verkauf problematisch werden könnte, sollte der Rat der vorgeschlagenen QP-Mutation nicht zustimmen. Die FDP-Fraktion wird dem stadträtlichen Antrag zustimmen.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) sagt, auch ihre Fraktion unterstütze den Stadtratsantrag, zumal die Umnutzung bzw. Quartierplanänderung schon längst hätte vorgenommen werden sollen. Nicht nachvollziehbar ist es für sie, dass gemäss Schreiben des Amtes für Raumplanung vom 13.06.2012 die Parkplätze nicht direkt von der Arisdorferstrasse her angefahren werden dürfen.

Beat Gränicher (SVP) teilt mit, dass seine Fraktion der Quartierplan-Mutation zustimmen wird.

Matthias Zimmermann (SP) orientiert, auch die SP-Fraktion wird dem stadträtlichen Antrag zustimmen.

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) kann feststellen, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren zum Geschäft angemeldet werden.

Die Quartierplanung Brunnmatt wird in einer 2. Lesung an der nächsten Ratssitzung vom 24. April 2013 nochmals beraten.

65 0.01.011.01 Einwohnerrat

6. Reform BLPK: Ausfinanzierung der Basellandschaftlichen Pensionskasse, formulierte Gemeindeinitiative (Nr. 2013/41)

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Stadtpräsident Lukas Ott sagt, wegen den finanziellen Folgen handelt es sich bei der BLPK-Reform um ein wichtiges Geschäft. Dem Stadtrat ist es wichtig, dass er bei diesem Geschäft möglichst viele Ratsmitglieder hinter sich hat und der Einwohnerrat die Gemeindeinitiative gemäss stadträtlichem Antrag auch mittragen wird. Grundsätzlich ist ja die Sanierung und Reformierung der BLPK-Kasse unbestritten. Prioritär muss die Frage geklärt werden, wie die Pensionskasse saniert werden soll, was vom Stadtrat bereits im Entwicklungsplan 2013-2017 dargelegt wurde, denn gemäss der regierungsrätlichen Vorlage hat die Stadt Liestal für die nächsten 40 Jahre mit einer jährlichen zusätzlichen Belastung von 1,5 Mio. Franken zu rechnen. In den letzten acht Jahren sind die Schulden Liestals massiv abgebaut worden und mit der bevorstehenden Ausfinanzierung der Pensionskasse tut es doch sehr weh, dass die Handlungsspielräume und die Innovationsfähigkeit zu Gunsten der Stadt auch künftig massiv eingeschränkt werden. Der Stadtrat hat alle Stellhebel in Bewegung gesetzt und sich stark engagiert, damit der Stadt keine Kostenfolgen in diesem Ausmass entstehen werden. Und dazu gehört auch die Gemeindeinitiative gemäss Vorlage Nr. 2013/41. Auch macht sich der Stadtrat stark für eine Teilkapitalisierung, da eine solche gemäss Gesetz auch möglich ist und beispielsweise auch vom finanzstarken Kanton Zug favorisiert wird. Auch werden Abklärungen getroffen und Varianten bezüglich der Finanzierung im Zusammenhang mit dem gemeindeeigenen Finanzierungsteil geprüft. Auch ein möglicher Austritt aus der BLPK ist noch genauer abzuklären. Liestal hat sich betreffend der Gemeindeinitiative stark exponiert, da man doch eine starke Scharnier- und Brückenfunktion zwischen den finanzstarken und den finanzschwachen Gemeinden des Kantons hat. Die Solidargemeinschaft der Gemeinden ist nach der regierungsrätlichen Vorlage in die Diskussion doch gefährdet worden. Die Garantstellung des Kantons bei der BLPK hat doch einige Fragen aufgeworfen, welche unter anderem auch noch juristisch abzuklären sind. Die moralische Frage, wie eine Deckungslücke in diesem Ausmass überhaupt zustande kommen konnte, ist auch noch nicht vom Tisch. Schwergewichtig und prioritär will man aber nun mit der Gemeindeinitiative als politisches Mittel Einfluss nehmen und die gemeindeeigenen Interessen wahren. Der Stadtrat befürchtet, dass der kommunale Finanzhaushalt mit der Ausfinanzierung der Pensionskasse stark belastet wird, hat aber auch Angst davor, dass die Einheit der Gemeinden gefährdet ist. Finanzstarke Gemeinden könnten sich bei der BLPK wegkaufen, was bei finanzschwachen Gemeinden hingegen nicht möglich ist. Die einheitliche Vorsorgeregelung bei den Baselbieter-Gemeinden dürfte künftig ungewiss sein. Auch die Frage, was beispielsweise passieren würde, wenn trotz Zustimmung der Regierung eine Mehrheit der Gemeinden der Reform nicht zustimmen würden, ist wohl noch nicht gestellt bzw. thematisiert worden. Dies würde sicher zu einer Blockade führen, was wohl von keiner der Parteien angestrebt wird. Mit der Gemeindeinitiative können auch unsere Interessen gewahrt und als wichtiges Druckmittel gebraucht werden. Sorge bereiten dem Stadtrat auch die sogenannten Annex-Organisationen wie beispielsweise die Alters- und Pflegeheime, die Jugendmusikschulen usw., welche ebenfalls bei der BLPK versichert sind und sich wohl in den wenigsten Fällen eine Ausfinanzierung ihrer Pensionskasse werden leisten können. Der Einwohnerrat wird gebeten, ein klares politisches Signal zu setzen und die Gemeindeinitiative zu unterstützen.

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) dankt dem Stadtpräsidenten für die breite Darstellung der stadträtlichen Sichtweise.

Nach erfolgter Umfrage kann er feststellen, dass sich der Rat stillschweigend mit dem Vorschlag des Büros für eine Direktberatung der stadträtlichen Vorlage einverstanden erklären kann.

Die FIKO hatte die Gemeindeinitiative bereits diskutiert und unterstützt diese einstimmig. Kommissionspräsident Daniel Spinnler wird die Überlegungen und Meinungen der Kommission dem Rat kurz vorstellen.

Daniel Spinnler (FDP) informiert als FIKO-Präsident darüber, dass die Gemeindeinitiative im Rahmen der Entwicklungsplan-Beratung in der Kommission thematisiert wurde. Die BLPK-Sanierung ist unbestritten und der stadträtlichen Aussage kann zugestimmt werden, dass die vorliegende Sanierungslösung für Liestal eine starke Belastung von 1,3 bis 1,5 Mio. Franken mit sich bringen wird. Die finanzielle Manövrierfähigkeit wird künftig auch in Liestal starke Einschränkungen mit sich bringen, was sich auf die Investitionsplanung und auch auf die geplante Steuersenkung massiv auswirken wird. Für die FIKO ist die Vollkapitalisierung nicht nachvollziehbar und deshalb wird der Teilkapitalisierung gemäss Vorschlag des Stadtrates zugestimmt. Anpassungen im Zusammenhang mit der vom Kanton vorgeschlagenen Lösung sind nötig. Es ist gut, dass der Stadtrat die Initiative ergriffen hatte. Die FIKO empfiehlt dem Rat einstimmig bei einer Enthaltung, der Gemeindeinitiative zuzustimmen. Wichtig sind aber auch die Abklärungen und Bemühungen des Stadtrates im Zusammenhang mit den vom Stadtpräsidenten erwähnten Annex-Organisationen. Die Kommission unterstützt ebenfalls das weitere Vorgehen gemäss Pkt. 4 der stadträtlichen Vorlage.

Patrick Mägli (SP) führt aus, die SP-Fraktion wird der Gemeindeinitiative zustimmen. Die regierungsrätliche Vorlage hat für die Gemeinden Kosten zur Folge, welche ihren Handlungsspielraum für Jahrzehnte unannehmbar einschränken. Auch Liestal müsste sich wieder mit Schuldenaufbau, Steuererhöhungen usw. befassen. Man habe den Eindruck, dass vom Regierungsrat eine Vorlage aus ideologischen Gründen durchgedrückt werden soll, welche in der Praxis unabsehbare Konsequenzen mit sich bringen wird, dies auch zu Lasten der nachfolgenden Generationen. Die Gemeindeinitiative ist ein politisches Druckmittel gegenüber dem Kanton, welche den Regierungs- und Landrat dazu bringen soll, eine ausgewogene Vorlage zu verabschieden, welche auch den Anliegen der Gemeinden Rechnung trägt. Die in der Gemeindeinitiative aufgezeigte Lösung muss ja nicht zwingend sein, da auch andere Lösungen wie eine Teilkapitalisierung usw. durchaus prüfenswert wären. Die stadträtlichen Bemühungen sowie Anträge werden von seiner Fraktion unterstützt.

Hanspeter Meyer (SVP) stellt fest, dass seine Fraktion nicht glücklich darüber ist, dass man zur Lösungsfindung eine Gemeindeinitiative einreichen muss, doch wird es keinen anderen Weg geben, um auf den Kanton Druck ausüben zu können. Eine grosse Mehrheit der SVP-Fraktion wird den Anträgen zustimmen. Es ist wichtig, dass die Gemeinden auch kundtun, dass sie sich nicht einfach drücken wollen, sondern dass die BPLK-Reform mit einer akzeptablen Belastung der Gemeindefinanzhaushalte möglich sein muss. Persönlich ist er der Meinung, dass das Problem mit der BLPK-Ausfinanzierung nicht gelöst sein wird, denn auch strukturelle Probleme müssen angegangen werden, damit es in Zukunft keine weiteren bösen Überraschungen mehr geben wird.

Lorenz Rudin (FDP) orientiert, auch die FDP-Fraktion unterstützt vollumfänglich die stadträtlichen Anträge. Es ist richtig und wichtig, dass die Gemeinden mit der Initiative politischen Druck ausüben. Eine Teilkapitalisierung ist anzustreben und auch die Annexorganisationen müssen von ihren Gemeinden im Auge behalten werden. Auch das weitere Vorgehen gemäss Angaben und Ausführungen des Stadtrates macht Sinn.

Jürg Holinger (GL) sagt, seine Fraktion unterstützt ein Mitmachen der Stadt Liestal bei der Gemeindeinitiative ebenfalls. Die wichtigsten Punkte und Argumente sind von den Vorrednern bereits erwähnt worden. Auch das formulierte Ziel betreffend der Stärkung der BLPK gemäss Pkt. 3.2 der stadträtlichen Vorlage sollte unbedingt im Auge behalten werden. Über mögliche Alternativen wie beispielsweise die Teilkapitalisierung usw. sollte weiterhin nachgedacht werden. Dem Stadtrat und der Verwaltung möchte er an dieser Stelle ein Kompliment dafür machen, wie man beim vorliegenden Geschäft das Thema angegangen und sich engagiert hatte.

Rolf Gutzwiller (CVP/EVP/GLP) teilt mit, die Sanierung der BPLK ist auch in seiner Fraktion unbestritten. Positiv ist, dass sich die Stadt Liestal aktiv mit eingebracht und auch die Initiative ergriffen hatte. Grossmehrheitlich werden die Mitglieder der Mittelfraktion den stadträtlichen Anträgen zustimmen.

Claudio Wyss (CVP/EVP/GLP) möchte wissen, was mit der Gemeindeinitiative beim Kanton passieren wird. Diese sollte unverändert dem Volk zur Abstimmung vorgelegt werden und damit dürfte doch auch die schon mehrmals erwähnte Teilkapitalisierung nicht mehr zur Diskussion stehen.

Stadtpräsident Lukas Ott dankt für die gute Aufnahme und Diskussion im Einwohnerrat. Die Aufforderung aus dem Rat, dass man auch betreffend der Annex-Organisationen aktiv werden soll, habe man im Stadtrat zustimmend zur Kenntnis genommen. Diesbezüglich ist bereits ein erstes Gespräch nach Ostern einberufen worden. Zu der von Ratsmitglied Claudio Wyss gestellten Frage kann er sagen, dass die kantonalen Gremien direkte oder indirekte Gegenvorschläge zur Gemeindeinitiative formulieren können. Anfangs dieser Woche ist man mit ersten Positionierungen der landrätlichen Finanzkommission und Personalkommission konfrontiert worden, und es kann festgestellt werden, dass nun doch Bewegung in die ganze Angelegenheit kommt.

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) kann feststellen, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren zum Geschäft angemeldet werden. Die stadträtlichen Anträge gemäss Vorlage Nr. 2013/41 werden verlesen.

- ://: Mit grossem Mehr bei 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung beschliesst der Rat, dass die Formulierte Gemeindeinitiative (Gesetzesinitiative) betreffend „Ausfinanzierung der Basellandschaftlichen Pensionskasse“ gemäss Wortlaut (Initiativtext als Anhang der Einwohnerratsvorlage Nr. 2013/41) beim Kanton einzureichen ist.
- ://: Der Rat ermächtigt mit grossem Mehr bei 1 Enthaltung den Stadtrat, die Initiative zurückzuziehen.
- ://: Mit grossem Mehr bei 2 Enthaltungen wird die Gemeinde Binningen als federführende Gemeinde bestimmt.

66 0.01.011.01 Einwohnerrat

7. Quartierplan Weierweg (Nr. 2013/42)

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Das Büro schlägt dem Rat die Überweisung der Vorlage Nr. 2013/42 an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung vor.

Marianne Quensel (SP) informiert, die SP-Fraktion wird dem Überweisungsantrag an die BPK zustimmen. Der Kommission möchte man mit auf den Weg geben, dass zu berücksichtigen ist, dass man sich bei den bereits laufenden und noch geplanten Bautätigkeiten auch der Bedeutung sowie Folgen bei kommunalen Infrastrukturen wie dem Bedarf an zusätzlichen Kindergärten etc. vermehrt bewusst werden muss.

Jürg Holinger (GL) legt dar, auch seine Fraktion wird der Überweisung an die BPK zustimmen. Seine Fraktion stellt fest, dass der Vorlage ein über 20-seitiges Verkehrsgutachten beiliegt, man darin aber wiederholt nichts über den Langsamverkehr lesen kann. Der Langsamverkehr ist bereits bei den letzten Planungen immer wieder vergessen worden. Vielleicht sollte der Auftrag für Verkehrsgutachten einmal einer Firma erteilt werden, welches auch einmal dem Langsamverkehr die gebührende Beachtung schenkt. Auch in der stadträtlichen Vorlage ist nur von Auto-Parkplätzen die Rede, immerhin aber der Langsamverkehr anfangs thematisiert worden. Bei der Beratung des Entwicklungsplanes in der FIKO hatte man festgestellt, dass die verschiedenen Quartierplanungen doch erhebliche Infrastruktur-Folgekosten mit sich bringen. Dabei habe man erfahren, dass die Stadt Liestal seit Ende 2011 einen sogenannten Infrastrukturkostenbeitrag für den gewährten Mehrwert bei Quartierplanungen verlangt. Diese Beiträge stehen aber nicht für Infrastrukturprojekte zur Verfügung, sondern werden in der allgemeinen Kasse vereinnahmt. Die BPK sollte deshalb im Zusammenhang mit dem vorliegenden Quartierplan einmal abklären, ob die Höhe des zu leistenden Infrastrukturbeitrages in einem Verhältnis zu den erwartenden Infrastrukturkosten der Stadt stehen und ob diese Beiträge nicht auch angepasst bzw. erhöht werden könnten. Auch sollte in der BPK abgeklärt werden, ob im Zusammenhang mit dem Planungssperimeter nicht auch die Erschliessungsanlagen bzw. –strassen integriert werden sollten, wie dies bei anderen Quartierplanungen auch schon der Fall war.

Pascal Porchet (FDP) gibt bekannt, dass auch seine Fraktion der Überweisung an die BPK zustimmen wird. Selbstredend für das Selbstbewusstsein der Stadt Liestal und auch der BPK möchte er an dieser Stelle doch einmal festhalten, dass bei den letzten zahlreichen Quartierplanungen beim Auftauchen von Investoren die daraus resultierenden QP's immer im Vordergrund gestanden hatten. Werden von der BPK aber bei Formulierungen marginale Präzisierungen vorgeschlagen, so werden diese vom Stadtrat nicht gutgeheissen, da diese doch mehr als ein Kopfnicken der Kommission zu den stadträtlichen Unterlagen sind. Der Einwohnerrat ist aber das Gremium, welches das Sagen dazu hat, wie ein Quartierplan schlussendlich aussehen soll. Beim Quartierplan im Zusammenhang mit dem Uno-Gebäude beim Bahnhofplatz hatte der Einwohnerrat einer Erhöhung um einen zusätzlichen Stock zugestimmt, hingegen hatte man beim QP Florhof eine Reduktion um ein Stockwerk bewirkt und beschlossen. Beim vorgängig behandelten Traktandum QP Gstadig hatte sich der Stadtrat negativ zum Zusatzantrag 3.2.1. der BPK geäußert, wonach die Bauherrschaft auf freiwilliger Basis dazu eingeladen wird, ein allfälliges Parkhaus so auszurüsten, dass dieses an ein Parkleitsystem angeschlossen werden könnte. In der Vorlage QP Weierweg wird nun vom Stadtrat festgehalten, dass keine öffentlichen Parkplätze vorgesehen sind, welche an ein Parkleitsystem angeschlossen werden könnten. Die bei den QP's involvierten Eigentümer sowie Investoren schauen nur für sich bzw. betrachten nur die sie betreffende Quartierplanung. Es ist aber die Pflicht der BPK und des Einwohnerrates übergeordnet zu denken. So ist es beispielsweise von der Spezialkommission Schulraumplanung sträflich ver-

nachlässigt worden, die zahlreichen QP's der letzten Jahre raumplanungsmässig hinsichtlich der zusätzlich notwendigen Infrastrukturen wie Kindergärten, Altersheime usw. zu berücksichtigen. Das heisst, dass bei künftigen Quartierplanungen von der Stadt auch Räume, Flächen und Beiträge für die kommunalen Infrastrukturen zu Gunsten der jüngeren und auch älteren Einwohner von Liestal verlangt und gefordert werden müssen.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) sagt, ihre Fraktion spreche sich ebenfalls für eine Überweisung der Vorlage an die BPK aus.

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) kann feststellen, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren zum Geschäft angemeldet werden.

://: Einstimmig wird vom Rat die Überweisung der Vorlage an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung beschlossen.

67 0.01.011.01 Einwohnerrat

8. Schiessanlage Sichertern – Zwischenbericht Stadtrat zum Postulat von Jürg Holinger der Grünen Fraktion betreffend Schiessanlage Sichertern (Nr. 2011/196)

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Jürg Holinger (GL) dankt als Postulant für den stadträtlichen Zwischenbericht. Bereits bei der Einreichung des Vorstosses waren sich alle bewusst, dass es nicht ein einfaches Geschäft für den Stadtrat sein wird. Gemäss stadträtlichem Bericht scheint man aber auf gutem Weg zur Lösungsfindung zu sein. Im Hinblick auf die heutige Sitzung hatte er noch ein Gespräch mit einem Vertreter der Schützen und dieser hatte sich bzgl. der Zusammenarbeit mit der Stadt ebenfalls positiv geäussert. Für das bereits Geleistete bedankt er sich an dieser Stelle bestens.

Claudio Wyss (CVP/EVP/GLP) informiert, dass auch die Mittefraktion zustimmend vom Zwischenbericht Kenntnis nehme. Auf Seite 2 ist von einer Variante im Sinne einer guten Lösung die Rede, doch was ist mit der erwähnten Variante gemeint? Seine Fraktion steht einer möglichen vollständigen Auslagerung der Schiessanlage positiv gegenüber. In diesem Zusammenhang habe man auch die Eidg. Verordnung über das ausserdienstliche Schiessen studiert. Darin steht beispielsweise, dass die Gemeinden für den Bau und den Unterhalt der Schiessanlagen verantwortlich zeichnen. Eine Auslagerung würde für die Verwaltung weniger Ballast bedeuten, doch dürfte damit keine Kostenreduktion zu erwarten sein.

Patrick Mägli (SP) hält fest, dass auch die SP-Fraktion vom Zwischenbericht Kenntnis nehme. Aus dem Bericht geht nicht klar hervor, was die Gespräche mit der Schützengesellschaft ergeben haben und welches die Folgen der verschiedenen Szenarien sind. Der Bericht ist diesbezüglich wenig aussagekräftig. Offenbar wird von der Schützengesellschaft eine Übernahme der Schiessanlage favorisiert, doch müssten noch konkretere Aussagen darüber gemacht werden, was die Folgen der beiden anderen Szenarien wären. Seine Fraktion spricht sich gegen zusätzliche Aufwendungen für das Schiesswesen und die Schiessanlagen aus, die das gesetzlich vorgeschriebene Mass übersteigen. So würde man auch jährliche Kostenbeiträge der Stadt an private Betreiber wie beispielsweise beim Gitterli-Bad im Falle der Schiessanlage nicht befürworten. Sollte es zu einer Übernahme der Schiessanlage durch die Schützengesellschaft kommen, so müssten die genauen Konditionen genau bekannt gemacht werden. Auch behält sich die SP-Fraktion vor, Nachbesserungen zum Verfahren zu verlangen.

Markus Rudin (SVP) sagt, seine Fraktion nehmen den Bericht zur Kenntnis und hoffe, dass es beim vorliegenden Geschäft bald einmal zu einem Ende kommen wird.

Stadträtin Marion Schafroth stellt fest, dass es sich bei der Vorlage Nr. 2011/196a um einen Zwischenbericht handelt. Es ist deshalb auch klar, dass diverse Aussagen noch nicht klarer formuliert werden können. Gemäss früheren Debatten im Rat sind auch dem Stadtrat die Meinungen der Fraktionen betreffend dem künftigen Unterhalt und der Finanzierung der Schiessanlage Sichertern bekannt.

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Einstimmig nimmt der Einwohnerrat Kenntnis vom stadträtlichen Zwischenbericht gemäss Vorlage Nr. 2011/196a.

68 0.01.011.01 Einwohnerrat

9. Lärmschutzmassnahmen Kasernenstrasse – Bericht Stadtrat zum Postulat von Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend Lärmschutzmassnahmen an der Kasernenstrasse (Nr. 2011/197)

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) dankt als Postulantin für den stadträtlichen Bericht gemäss Vorlage Nr. 2011/197a. Dass die Grenzwerte an der Kasernenstrasse überschritten werden, ist ihr vom Kanton bestätigt worden. Sie hat den vom Stadtrat bezeichneten Link verfolgt und hat zur Kenntnis genommen, dass die Lärmsanierung in den Jahren 2016 bis 2018 vorgesehen ist. Auch sind die Lärmsanierungsmassnahmen bei der H2-Ausfahrt für die Jahre 2012 bis 2015 vorgesehen und so würde es Sinn machen, wenn die Stadt zu einem Mitwirkungsverfahren eingeladen würde, damit bei den Sanierungsmassnahmen auch städtebauliche Aspekte berücksichtigt werden könnten. Sie kann sich mit der Abschreibung ihres Vorstosses einverstanden erklären.

Stadtrat Peter Rohrbach dankt für das Feedback der Postulantin und erklärt, dass das Stadtbauamt betreffend dem erwähnten Mitwirkungsverfahren beim Kanton noch vorstellig werden wird.

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Der Rat nimmt einstimmig Kenntnis von der stadträtlichen Beantwortung des Postulates gemäss Vorlage Nr. 2011/197a.

://: Das Postulat Nr. 2011/197 wird einstimmig als erfüllt abgeschrieben.

69 0.01.011.01 Einwohnerrat

10. Parkplatzanlagen Kanton – Bericht Stadtrat zum Postulat von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion betreffend überdimensionierten Parkplatz-Anlagen rund um die kantonalen Verwaltungsgebäude und Spitäler (Nr. 2012/9)

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Hanspeter Meyer (SVP) dankt als Postulant für den stadträtlichen Bericht. Beim Parkhaus an der Mühlemattstrasse macht man einen ersten Schritt in die richtige Richtung, doch die ganze übrige Problematik in den Gebieten Kreuzboden, Schauenburg, Rheinstrasse usw. ist noch nicht gelöst. Sein Postulat kann deshalb sicher noch nicht als erfüllt klassiert werden, denn es liegt beispielsweise auch keine Absichtserklärung des Kantons vor, mit welcher dieser Massnahmen betreffend den kantonseigenen Parkplatzanlagen in Aussicht stellt. Der Kanton nimmt die diesbezüglichen Anliegen der Stadt auf die leichten Schultern und deshalb soll das Postulat auch noch nicht abgeschrieben werden, damit der Druck gegenüber dem Kanton aufrecht erhalten bleibt.

Jürg Holinger (GL) berichtet, auch seine Fraktion spricht sich gegen eine Abschreibung des Postulates aus. Die stadträtliche Postulatsbeantwortung ist schon sehr dürftig und wenig verbindlich. Gemäss der stadträtlichen Vorlage Nr. 2012/9a scheint auch der Stadtrat das Problem betreffend den überdimensionierten Parkplatzanlagen des Kantons nicht erkannt zu haben.

Michael Bischof (FDP) meint, dass die FDP-Fraktion das Postulat gemäss stadträtlichem Vorschlag eigentlich abschreiben wollte. Die beiden vorgängigen Voten konnten aber auch seine Fraktionsmitglieder davon überzeugen, dass das Postulat noch nicht erfüllt ist, weshalb man nun einer Abschreibung des Vorstosses doch nicht zustimmen wird.

Matthias Zimmermann (SP) führt aus, auch in der BPK ist die Problematik betreffend den kantonalen Parkplatzanlagen in Liestal thematisiert worden und mit der Realisierung des geplanten Parkhauses an der Mühlemattstrasse ist noch kein einziger Parkplatz aufgehoben. Das Postulat ist vom Stadtrat etwas gar schnell und unverbindlich beantwortet worden. Das Geschäft steht auch in einem Zusammenhang mit der Motion betreffend den OEW-Zonen, welches ebenfalls auf die heutige Sitzung traktandiert ist. Auch die SP-Fraktion spricht sich gegen eine Postulatsabschreibung aus.

Rolf Gutzwiller (CVP/EVP/GLP) erklärt, auch seine Fraktion spricht sich mehrheitlich gegen eine Abschreibung des Postulates aus, damit der Druck gegenüber dem Kanton aufrecht erhalten werden kann.

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Der Einwohnerrat nimmt einstimmig Kenntnis von der Beantwortung des Postulates gemäss stadträtlichen Vorlage Nr. 2012/9a.

://: Entgegen dem stadträtlichen Antrag wird das Postulat vom Rat einstimmig nicht abgeschrieben.

70 0.01.011.01 Einwohnerrat

11. Sitzbänke auf Gestadeck-Pausenplatz – Beantwortung der Interpellation von John Brunner der SVP-Fraktion betreffend Sitzbänke auf dem Gestadeck-Pausenplatz durch den Stadtrat (Nr. 2012/24)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

*SVP-Fraktion
John Brunner*

Interpellation

Sitzbänke auf dem Gestadeck-Pausenplatz

Beim Pausenplatz des Gestadeck-Schulhaus teilen sich 124 Primarschülerinnen und Schüler eine einzige Sitzbank.

Vor Jahren wurden auf dem Pausenplatz die defekten Sitzgelegenheiten entfernt und bis dato nicht mehr ersetzt.

Wir fragen deshalb den Stadtrat, ob es möglich wäre, auf dem Gestadeckplatz zusätzliche Sitzbänke aufzustellen?

Liestal, 19. November 2012

John Brunner

* * * * *

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Stadträtin Regula Nebiker nimmt zum Vorstoss und den Fragen des Interpellanten Stellung: Die verrotteten Bänke sind nach Rücksprache mit der Schule demontiert worden. Die Bänklisockel sind noch vorhanden und bei Bedarf könnten die Sitzbänke von den Betrieben wieder problemlos installiert werden.

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) kann feststellen, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren zum Geschäft angemeldet werden.

Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2012/24.

71 0.01.011.01 Einwohnerrat

12. Parkraum-Bewirtschaftungskonzept – Postulat von Michael Bischof und Martin Spiess der FDP-Fraktion betreffend Ausarbeitung eines Parkraum-Bewirtschaftungskonzeptes (Nr. 2012/27)

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

*Michael Bischof, FDP-Fraktion
Martin Spiess, FDP-Fraktion*

Liestal, 17.12.2012

Postulat

zur Ausarbeitung eines Parkraum-Bewirtschaftungskonzeptes

Die Tarife der öffentlichen Parkplätze und der privaten Parkplatz-Betreiber (Parkhäuser Migros und Bücheli, künftig auch Ziegelhof) sind unterschiedlich gestaltet. Die Unterschiede der Tarife führen zu unerwünschten Effekten in Bezug auf Suchverkehr, Langzeitparkierer und Kurzzeit-Parking.

Mit einer optimalen und abgestimmten Tarifgestaltung kann der Parkerverkehr in die richtigen Bahnen gelenkt werden und ein Optimum für das gemeinsame Einkaufszentrum herausgeholt werden.

Der Stadtrat wird deshalb eingeladen, zusammen mit den privaten Parkplatz-Betreibern und unter Beizug von weiteren involvierten Kreisen aus dem Detailhandel ein Parkraumbewirtschaftungskonzept auszuarbeiten

Michael Bischof

Martin Spiess

* * * * *

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Stadtrat Peter Rohrbach teilt mit, dass der Stadtrat bereit sei, das Postulat zu übernehmen.

Michael Bischof (FDP) hält stellvertretend für die Postulanten der FDP-Fraktion fest, dass er keine weiteren Ergänzungen zum Postulat zu machen hat.

Meret Kaufmann (GL) führt aus, dass sich die Stadt doch mit viel Geld an Parkhäusern beteiligt. Und so darf auch erwartet werden, dass mit einer geschickten Tarifgestaltung die Benutzer von oberirdischen Parkplätzen doch vermehrt in die Parkhäuser gelockt werden können. Es gibt wohl nicht viele Ortschaften in der Schweiz, in denen die attraktivsten Parkplätze im Zentrum zugleich auch die billigsten sind, wie dies in Liestal der Fall ist.

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) kann nach Umfrage feststellen, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Das Postulat Nr. 2012/27 wird einstimmig an den Stadtrat überwiesen.

72 0.01.011.01 Einwohnerrat

13. Trinkwasserverunreinigungen – Beantwortung der Interpellation von Claudio Wyss der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend Mikroverunreinigungen im Liestaler Trinkwasser durch den Stadtrat (Nr. 2012/28)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Claudio Wyss
CVP/EVP/GLP

Liestal, 13. Dezember 2012

Interpellation

Mikroverunreinigungen im Liestaler Trinkwasser

Am 20. November 2012 wurde in der Fernsehsendung Kassensturz des Schweizer Fernsehens darüber berichtet, dass das Trinkwasser vielerorts Spuren von chemischen Fremdstoffen enthalte. Es wurde gezielt nach siebzig chemischen Substanzen gesucht, die eigentlich nichts im Trinkwasser verloren haben. Gefunden wurden insbesondere häufig Spuren von Pestiziden, Dünger und Medikamenten. Die Stoffe gelangen vornehmlich durch die mit diesen Chemikalien belasteten Fliessgewässer und Seen in unser Trinkwasser. Bis heute ist es nicht möglich die Kläranlagen so auszubauen, dass diese Mikroverunreinigungen herausgefiltert werden können. Die langfristige Wirkung von Spuren dieser Chemikalien im Trinkwasser auf Pflanzen und Tiere und Menschen ist nicht bekannt. Fachleute äussern jedoch den Verdacht, dass die Mehrfachbelastung zu unbekanntem Mischeffekten führen könne.

Untersucht wurden 46 Trinkwasserproben. Gefunden wurden Werte von Null bis 14 der gesuchten Substanzen. Im Trinkwasser von Liestal wurden neun Substanzen festgestellt, womit es im Vergleich zu den anderen Proben bezüglich Anzahl gefundener Stoffe eher zu den stärker belasteten Trinkwasser gezählt werden muss.

In 8 der 46 Proben konnten keine der gesuchten Stoffe nachgewiesen werden.

Das Bundesamt für Umwelt testet gegenwärtig Methoden um solche chemischen Stoffe aus dem Klärwasser zu filtern. Der Bundesrat habe geplant ca 100 Kläranlagen in der Schweiz mit Aktivkohlefiltern auszurüsten, welche fähig seien diese Mikroverunreinigungen grossteils zu eliminieren.

In diesem Zusammenhang bitte den Stadtrat um Beantwortung folgender Fragen:

- 1. Wie schätzt der Stadtrat die Problematik der Trinkwasserbelastung in Liestal mit Mikroverunreinigungen ganz allgemein ein?*
- 2. Sieht der Stadtrat Möglichkeiten, dass die Stadt selber Massnahmen ergreifen kann, um die Belastung mit Mikroverunreinigungen zu reduzieren?*
- 3. Ist dem Stadtrat bekannt, ob auch das Liestaler Trinkwasser in den Genuss einer Qualitätssteigerung durch einen Ausbau von Kläranlagen käme?*

Claudio Wyss

* * * * *

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Stadträtin Regula Nebiker nimmt zu den Fragen des Interpellanten Stellung: Das Problem ist noch aktuell, obwohl die Kassensturz-Sendung schon am 20.11.2012 ausgestrahlt wurde. Die Sicherstellung der Wasserqualität hat höchste Priorität für die Stadt und die Überwachung derselben liegt beim Kantonslabor, welches laufend Wasseranalysen durchführt. Monatlich werden bakterielle Wasserproben sowie weitere Proben durchs Jahr hindurch un-

tersucht. Auch werden vom AUE Baselland Analysen bei den Grundwasserströmen vorgenommen, wo gegebenenfalls kleinste Spurenelemente gefunden werden. Letzte Woche konnte man in der Presse lesen, dass der Kanton flächendeckend das Trinkwasser neu untersuchen wird. Mikroverunreinigungen im Zusammenhang mit der Wasserqualität müssen ernst genommen werden und so hatte sich die Stadt nach dem Fernsehbericht im November 2012 beim Kanton erkundigt, worauf dieser den Befund betreffend den Wasserverunreinigungen bestätigt hatte. Die festgestellten Substanzen sind gemäss heutigem Wissensstand nicht schädlich, ansonsten hätte die Stadt bereits Massnahmen ergriffen. Die von chemischen Stoffen verursachten Verunreinigungen kommen nicht nur beim Wasser, sondern auch in anderen Lebensmitteln vor. Gemäss Auskünften des kantonalen AUE sowie des AIB muss angenommen werden, dass die Mikroverunreinigungen beispielsweise auf landwirtschaftliche Oberflächenverschmutzungen zurückzuführen sind. Vorsorgliche Massnahmen zur Reduktion der Verunreinigungen wie die Installation von Aktivkohlefiltern sind sehr teuer, doch werden diesbezügliche Detailabklärungen spätestens im Zusammenhang mit der mittelfristigen Wasserversorgung getroffen. Die Frage betreffend einer möglichen Qualitätssteigerung im Zusammenhang mit dem Ausbau von Kläranlagen kann bejaht werden. Der Landrat hatte im Oktober 2012 einen Verpflichtungskredit für einen ganzheitlichen Gewässerschutz in den beiden Frenkentälern bewilligt. So wird unter anderem auch die Kläranlage in Bubendorf auf den neuesten Stand gebracht und zur modernsten Kläranlage in der ganzen Schweiz werden. Andere Kläranlagen wie beispielsweise diejenige in Niederdorf werden aufgehoben und Rückhaltebecken installiert, womit man mit einer verbesserten Reinigungsleistung von bis zu 80 Prozent rechnen kann. Liestal kann damit rechnen, dass beispielsweise auch das Helgenweid-Grundwasser in Zukunft qualitativ eine starke Verbesserung erfahren wird.

Claudio Wyss (CVP/EVP/GLP) dankt als Interpellant für die ausführliche und zufrieden stellende Beantwortung seiner Fragen, wünscht aber die Diskussion. Aufgeschreckt habe ihn die Fernsehsendung vom letzten November ja nicht, da chemische Verunreinigungen im Wasser auch im Landrat schon mehrmals ein Thema waren. Es dürfte auch der Hauptgrund dafür gewesen sein, dass die Liestaler-Bevölkerung einen Hardwasser-Anschluss abgelehnt hatte, da man befürchtet, dass das Trinkwasser wegen den Deponien in Pratteln und Muttenz mit Schadstoffen belastet sein könnte. Nun muss man zur Kenntnis nehmen, dass das Liestaler-Wasser bereits mit solchen Stoffen verunreinigt ist. Als Sohn eines Brunnenmeisters berührt in die ganze Angelegenheit auch emotional, ist das Trinkwasser doch schon vor über 40 Jahren auf chemische Schadstoffe untersucht worden. Mit Verboten und Einschränkungen bei chemischen Mitteln in der Landwirtschaft konnte die Wasserqualität in der Vergangenheit langsam aber stetig verbessert werden. Er denkt, dass sich der Stadtrat der Bedeutung des Trinkwassers durchaus bewusst ist und sich somit auch für die nötigen Massnahmen bezüglich einer Qualitätssteigerung einsetzen wird.

Erika Eichenberger (GL) dankt dem Interpellanten für den eingereichten Vorstoss und die stadträtliche Beantwortung. Der Fernsehbericht vom November war auch in der Bevölkerung diskutiert worden und deshalb macht es auch Sinn, dass dieses Thema nun auch im Rat behandelt wird. Wasser ist eine Lebensgrundlage und so darf uns auch die Trinkwasserqualität nicht egal sein. Es muss alles unternommen werden, dass die Wasserqualität langfristig beibehalten und auch verbessert werden kann. Das Problem betreffend den Bodenverunreinigungen ist bekannt und es muss verhindert werden, dass die Schadstoffe in den Kreislauf kommen. Die vorgängig erwähnten Sanierungsmassnahmen des Kantons machen deshalb Sinn. Es erstaunt doch auch, dass beispielsweise im Umfeld der Gewässerschutzzone des Pumpwerk Gitterli von der Stadt einige Bauten wie die Bäder, das Kunstrasenfeld usw. erstellt wurden. Im Entwicklungsplan 2013 – 2017 konnte sie lesen, dass vom Kantonslabor im Zusammenhang mit den Wasserversorgungsanlagen von Liestal einiges beanstandet wurde. Sie frage sich natürlich schon, wie es überhaupt zu dieser langen Mängelliste kommen konnte. Es ist richtig und wichtig, dass die Sanierungen und Instandstellungen in den Entwicklungsplan aufgenommen wurden.

Walter Leimgruber (SP) informiert, dass viele wichtige Punkte, schon von den Vorrednern gesagt wurden. Es wäre natürlich wünschenswert, wenn der Einwohnerrat und auch die Bevölkerung nicht von Trinkwasserverunreinigungen in Liestal erfahren müsste.

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) kann feststellen, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren zum Geschäft angemeldet werden.

Erledigt nach stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2012/28.

73 0.01.011.01 Einwohnerrat

14. Hofgut Gräubern – Beantwortung der Interpellation von Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend dem unter Schutz stehenden Hofgut „Gräubern“ durch den Stadtrat (Nr. 2012/29)

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Mit der Vorlage Nr. 2012/29a sind die Fragen der Interpellantin vom Stadtrat schriftlich beantwortet worden.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) ist als Interpellantin erstaunt, dass der Stadtrat in seiner Vorlage Nr. 2012/29a festhält, dass es sich städtebaulich um ein sensibles Gebiet handelt, von diesem aber nichts unternommen wurde. Auch die Vorgehensweise des Kantons enttäuscht sie, denn die §§ 1 und 9 des Denkmal- und Heimatschutzgesetzes sind zwar gut gemeint, diesbezüglich ist jedoch im Vollzug nichts getan worden.

Stadtrat Peter Rohrbach hält fest, dass es für eine Baubewilligung ebenfalls einen Rechtsanspruch gibt und alle Rahmenbedingungen erfüllt wurden.

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren zum Geschäft angemeldet werden.

Erledigt nach stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2012/29.

74 0.01.011.01 Einwohnerrat

15. Kinderfreundliche Gemeinde - Postulat von Elisabeth Augstburger der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend Erwerb des Labels „Kinderfreundliche Gemeinde Liestal“ (Nr. 2012/30)

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Elisabeth Augstburger, CVP/EVP/GLP-Fraktion

18. Dezember 2012

Postulat

Erwerb des Labels „Kinderfreundliche Gemeinde Liestal“

Die UNICEF Initiative „Kinderfreundliche Gemeinde“ ermöglicht es Schweizer Gemeinden, eine Standortbestimmung zu diesem Thema durchzuführen und sich um das Label „Kinderfreundliche Gemeinde“ zu bewerben.

Eine kinderfreundliche Gemeinde ist attraktiv für Familien mit Kindern und fördert eine nachhaltige Politik zur Ansiedelung von Familien im Gemeinwesen. Die Kinderfreundlichkeit zeigt sich in folgenden Bereichen:

- *Sichere Schulwege*
- *Ausreichende und bewegungsfördernde Freiräume*
- *Kindergerechte Freizeitangebote*
- *Bedürfnisgerechte Angebote in der Kinderbetreuung*

Mehr Details zu kinderfreundliche Gemeinde unter:

<http://www.unicef.ch/de/kampagnen/initiativen/kinderfreundlichegemeinde/>.

Das Label wurde bis jetzt von 10 Schweizer Gemeinden erworben: Arlesheim, Reinach (BL) und Riehen sind dabei. Basel gehört zu den 40 Gemeinden, die sich dazu auf den Weg gemacht haben.

Das Label bringt mehr Lebensqualität für die gesamte Gemeinde und trägt zur Standortattraktivität bei.

Ich bitte den Stadtrat, nebst dem bestehenden Energie-Label zusätzlich auch das Label für eine kinderfreundliche Gemeinde zu prüfen und darüber zu berichten.

* * * * *

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt die Frage, ob der Stadtrat das Postulat übernehmen möchte oder nicht, nachdem er feststellen konnte, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Stadträtin Marion Schafroth erklärt, dass der Stadtrat gewillt ist, den Vorstoss zu übernehmen. In der Postulatsbeantwortung wird der Stadtrat dann auch seine Haltung darlegen, weshalb er das Label als unnötig betrachtet. Dies nicht weil die Botschaft oder das Ziel des Labels falsch ist, sondern weil der Stadtrat kein weiteres Label sammeln möchte, zumal Liestal auch ohne Label schon über genügend kinderfreundliche Angebote verfügt.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) teilt als Postulantin mit, dass ein solches Label auch für Liestal von Nutzen sein könnte. Eine Standortbestimmung betreffend der Kinderfreundlichkeit, das Standortmarketing, die Vernetzung von verschiedenen Gruppen auf kommunaler Ebene, mehr Lebensqualität für die gesamte Bevölkerung, die Werbemöglichkeit mit dem neuen Logo, die Vernetzung und der Austausch mit anderen kinderfreundlichen Gemeinden könnten auch für Liestal vorteilhaft sein. Das Label „Kinderfreundliche Gemeinde“ bezieht auch die Kinder stark mit ein. Die Gemeinden sind auch frei in ihrer Auswahl, wo sie die Schwerpunkte setzen möchten. Das Label dürfte auch für Liestal einen Aufschwung geben und zu einer besseren Positionierung als Kantonshauptstadt führen. Das Kantonsmuseum hat sich die Kinderfreundlichkeit ebenfalls auf die Fahne geschrieben und so könnten auch Synergien besser genutzt und Kräfte gebündelt werden. Der Kanton unterstützt 5 Gemeinden mit einem Beitrag von CHF 3'000.--, welche das Label erreichen möchten, wobei sich 3 Gemeinden des Kantons bereits angemeldet haben. Verschiedene Massnahmen in diesem Zusammenhang würden auch die Lebensqualität erhöhen. Die von ihr anfangs erwähnte Standortbestimmung wäre mit einem Fragebogen einfach möglich und nach einer Auswertung könnte immer noch entschieden werden, ob und welche Verbesserungsmöglichkeiten überhaupt in Erwägung gezogen werden sollten.

Fabian Eisenring (SP) sagt, die SP-Fraktion werde der Postulatsüberweisung zustimmen. Die im Postulat erwähnten vier Bereiche machen Sinn und sind unterstützenswert.

Meret Franke (GL) äussert, auch ihre Fraktion findet, dass das Label „Kinderfreundliche Gemeinde“ Liestal gut stehen würde. Eine Standortbestimmung in Liestal wäre sicher sinnvoll und UNICEF bietet dafür auch ein fachlich gut abgestütztes Verfahren an. So wäre es interessant zu erfahren, wie es denn beispielsweise mit der Sicherheit der Fussverbindungen aus Optik der Kinder aussieht. Der Überweisung des Postulates an den Stadtrat wird ihre Fraktion einstimmig zustimmen.

Daniel Spinnler (FDP) meint, dass Indikatoren besser als Logos sind. Auf Seite 64 des Entwicklungsplanes 2013 – 2017 ist ersichtlich, wie viele Kinder in den nächsten fünf Jahren nach Liestal strömen werden. Dies zeigt doch, dass Liestal im Zusammenhang mit der Kinderfreundlichkeit bereits heute gut da steht. Im Rat sind bereits einige Projekte sowie Massnahmen im Zusammenhang mit Velowegen, Schulweg-Analysen, dem Schulraumbedarf usw. lanciert worden. Es würde doch mehr Sinn machen, das Geld anstatt in Logos und Labels doch eher in Umsetzungsmassnahmen zu investieren. Die FDP-Fraktion wird die Überweisung des Vorstosses an den Stadtrat ablehnen.

Denise Meyer (SVP) sagt, dass sich ihre Fraktion den Ausführungen des Vorredners anschliessen kann und deshalb ebenfalls eine Postulatsüberweisung an den Stadtrat nicht unterstützen wird.

Ratspräsident Gerhard Schafroth stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Das Postulat Nr. 2012/30 wird mit 20 Ja-Stimmen gegen 16 Nein-Stimmen an den Stadtrat überwiesen.

75 0.01.011.01 Einwohnerrat

16. Vereinfachung des Zugangs zur Verwaltung – Bericht des Stadtrats zum Postulat von Daniel Spinnler und Bernhard Fröhlich namens der FDP-Fraktion (Nr. 2007/162)

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Daniel Spinnler (FDP) nimmt als Postulant zum stadträtlichen Bericht gemäss Vorlage Nr. 2007/162e Stellung und hält fest, dass über das Geschäft schon mehrere Male im Rat debattiert wurde. Aus seiner Sicht kann er feststellen, dass bezüglich den Schalteröffnungszeiten doch noch eine Verbesserung zu erwarten gewesen wäre. Positiv darf aber erwähnt werden, dass die neue Homepage der Stadt wesentlich besser und ansprechender als früher ist. Bleibt zu hoffen, dass auch sichergestellt werden kann, dass Anfragen innerhalb eines bestimmten Ablaufs beantwortet werden. Schade nur, dass in diesem Zusammenhang nicht eine Vollzugsfrist analog der kantonalen Regelung definiert wurde. Auch ist es schade, dass auf die vorgeschlagene Portallösung verzichtet werden muss. Er dankt dem Stadtrat für die Postulatsbeantwortung und kann sich mit der Abschreibung des älteren Vorstosses aus dem Jahre 2007 einverstanden erklären.

Anna Ott (GL) informiert, ihre Fraktion wird der Postulatsabschreibung zustimmen. Erfreulich ist, dass die Öffnungszeiten aller Verwaltungsabteilungen einheitlich sind und auch Termine ausserhalb dieser Zeiten vereinbart werden können.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) berichtet, auch die Mittefraktion finde die neuen Öffnungszeiten der Verwaltung gut. Ein grosses Kompliment wird der neuen Website gemacht. Die verschiedenen Verbesserungen der Verwaltung sind eine gute Visitenkarte für die Stadt. Vom stadträtlichen Bericht wird Kenntnis genommen und dem Antrag für eine Abschreibung des Postulates zugestimmt.

Markus Rudin (SVP) sagt, auch seine Fraktion wird den stadträtlichen Anträgen zustimmen.

Walter Leimgruber (SP) erklärt, die SP-Fraktion nimmt ebenfalls Kenntnis vom stadträtlichen Bericht und wird der Postulatsabschreibung zustimmen.

Michael Bischof (FDP) meint, dass es beim diskutierten Postulat unter Berücksichtigung der Anzahl an Vorlagen wohl schon um ein rekordverdächtiges Geschäft gehe, welches nach fünf Jahren doch noch als erfüllt abgeschrieben werden kann. Von der Verwaltung ist in den letzten Jahren doch einiges getan worden, um kundenfreundlicher zu werden. Und so durfte er kürzlich im Zusammenhang mit einer Geschäftseröffnung die Erfahrung machen, dass verschiedene Anfragen sowie Gesuche von der Verwaltung innert kurzer Zeit behandelt und abschliessend beantwortet wurden. Die Mentalität und Bürgernähe der Verwaltung ist in den letzten Jahren wesentlich besser geworden, was an dieser Stelle doch einmal lobenswert erwähnt sei.

Ratspräsident Gerhard Schafroth stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Der Rat nimmt einstimmig vom stadträtlichen Bericht gemäss Vorlage Nr. 2007/162e Kenntnis.

://: Das Postulat Nr. 2007/162 wird einstimmig als erfüllt abgeschrieben.

76 0.01.011.01 Einwohnerrat

17. OEW-Zonen – Motion von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion, von Thomas Eugster namens der FDP-Fraktion, von Peter Küng namens der SP-Fraktion, von Jürg Holinger namens der Grünen Fraktion und von Vreni Wunderlin namens der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend Überarbeitung der OEW-Zonen in Liestal (Nr. 2013/35)

Die Motion hat folgenden Wortlaut:

*Hanspeter Meyer, namens der SVP-Fraktion
Thomas Eugster, namens der FDP-Fraktion
Peter Küng, namens der SP-Fraktion
Jürg Holinger, namens der Fraktion der Grünen
Vreni Wunderlin, namens der Fraktion CVP/EVP/GLP*

28. Januar 2013

**Motion
betreffend Überarbeitung der OEW-Zonen in Liestal**

Im Rahmen der Budget-Beratung in der FIKO wurde das Thema überdimensionierte OEW-Zonen in Liestal erneut zur Sprache gebracht. Dabei wurde auch erwähnt, dass sich einzelne kantonale Verwaltungsabteilungen zusätzlich in den Gewerbezonenniederlassen. Riesige Flächen in den OEW-Zonen liegen brach oder sind schlecht genutzt.

Anlässlich der letzten Revision der Ortsplanung wurde seitens von Liestal versucht, hier Korrekturen zu schaffen, doch wehrte sich der Kanton vehement dagegen. Angesichts der veränderten Finanzlage beim Kanton wäre es aber angebracht, die ganze Thematik neu aufzurollen.

Hier liegt ein enormes Potential brach, und es wäre sowohl im Interesse des Kantons wie auch der Stadt Liestal, Korrekturen anzubringen. Es ist sicher nicht sinnvoll, grosse Landreserven zu horten, denn dadurch wird die Entwicklung Liestals in grossen Teilen des Stadtgebietes eingeschränkt.

Welche Vorteile bringt eine solche Überarbeitung?

- 1. Es könnten sich vermehrt juristische Personen (gute Unternehmen) in Liestal niederlassen.*
- 2. An bester Lage könnte Land für Ein- und Mehrfamilienhäuser zur Verfügung gestellt werden.*
- 3. Für den Kanton wäre es interessant, wenn Einnahmen aus Landverkäufen oder aus Baurechtszinsen generiert werden können.*
- 4. Wichtig und sinnvoll wäre vor allem eine gesunde Durchmischung, denn heute sind grosse Gebiete innerhalb der Bauzone von Liestal unbewohnt.*

Der Stadtpräsident hatte sich in der FIKO-Beratung erwähnt, dass er offen für strategische Ansätze und für Gespräche mit dem Kanton ist. Mit diesem Vorstoss möchte der Einwohnerrat den Stadtrat in seinen Bemühungen unterstützen.

Antrag: Der Stadtrat wird beauftragt, unverzüglich zusammen mit dem Kanton aktiv Strategien zu entwickeln, wie künftig die heute überdimensionierten OEW-Zonen in Liestal bewirtschaftet werden können. Dazu sind die entsprechenden Anpassungen des Zonenplanes vorzubereiten.

* * * * *

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Stadtrat Peter Rohrbach teilt mit, dass der Stadtrat die Motion nicht übernehmen möchte. Nach sehr viel Aufwand ist die Ortsplanung von Liestal im Jahre 2010 beschlossen und genehmigt worden. In diesem Zusammenhang spielen die Rechtsbeständigkeit und die Planungsbeständigkeit eine wichtige Rolle, denn gemäss Art. 21 des Raumplanungsgesetzes und gemäss diversen Bundesgerichtsentscheiden ist eine Ortsplanungsrevision nur alle 15 Jahre möglich. Ausnahmen sind nur bei wahnsinnig wichtigen und dringenden Änderungen möglich, was aber im Zusammenhang mit der vorliegenden Motion nicht der Fall ist. Gemäss Vorabklärungen und Einschätzungen der Verwaltung und Sachverständigen haben sich in den letzten Jahren keine Änderungen ergeben, die eine Ortsplanungsrevision rechtfertigen bzw. die eine Unterstützung des Kantons und/oder des Kantonsgerichts möglich machen würden. Aus diesen Gründen macht es keinen Sinn, dass die Motion an den Stadtrat überwiesen und von diesem dann eine Auslegeordnung gemacht würde.

Hanspeter Meyer (SVP) nimmt als Motionär Bezug auf das Leitbild der Stadt Liestal aus dem Jahre 1992, in welchem schon die überdimensionierten OEW-Zonen ein Thema war. Seit Jahrzehnten versuchte man vergeblich diesbezüglich etwas zu erreichen. Der stadträtliche Einwand, dass eine Ortsplanungsrevision aus juristischen Gründen nicht in Bewegung gesetzt werden kann, trifft sicher auch im Zusammenhang mit der Motion Nr. 2013/35 zu. Ziel der Motionäre ist es aber, dass die Diskussionen wieder in Gang gebracht werden. Schon bei der letzten Ortsplanungsrevision hatte man vergeblich versucht, eine sinnvolle Durchmischung der OEW-Zonen zu erreichen. Eine Durchmischung in den normalen Bauzonen hatte hingegen stattgefunden. So ist dies bereits mit der Bezirksschreiberei im Schildareal, mit dem Futuro-Gebäude im Gräubern-Gebiet, der Basellandschaftlichen Pensionskasse und dem RAV in Richtung Frenkendorf, dem Amt für Berufsbildung bei der Rosenstrasse usw. passiert. Vom Kanton sollte deshalb auch einmal die Absicht der Stadt Liestal, dass die grossen OEW-Zonen etwas gescheiter durchmischt würden, akzeptiert und unterstützt werden. Im Zusammenhang mit der Verhältnismässigkeit muss beispielsweise festgestellt werden, dass die Altstadt Liestals flächenmässig rund 12 x Platz in den OEW-Zonen hätte. Rund die Hälfte dieser Flächen werden für Spitäler, kantonale Verwaltungen usw. sinnvoll genutzt. Die andere Hälfte wird nicht oder nur für Parkplätze des Kantons usw. genutzt. Schätzungsweise 3,5 Hektaren von kantonseigenem OEW-Land liegt brach und ungenutzt im Gemeindegebiet Liestals. So sollte es doch auch im Interesse des Kantons als grösste Arbeitgeberin in Liestal sein, dass am Arbeitsort Liestal auch günstiger Wohnraum für seine Angestellten realisiert werden kann, denn damit könnten beispielsweise auch einige Verkehrsprobleme gelöst werden. Auch die Ansiedlung von zusätzlichen juristischen Personen in Liestal würde für den Kanton eine Entlastung wie beispielsweise eine Entlastung seines Finanzhaushaltes mit sich bringen. Er ist überzeugt davon, dass man mit der Überweisung der Motion an den Stadtrat und weiteren Verhandlungen mit dem Kanton doch noch zum Ziel kommen wird.

Thomas Eugster (FDP) macht beliebt, dass die Motion trotz stadträtlichem Einwand überwiesen wird. Das Thema OEW-Zonen ist extrem wichtig und mit der Überweisung des Vorstosses, welcher von allen Fraktionen unterzeichnet wurde, würde ein wichtiges Zeichen gesetzt. Auch würde damit dem Stadtrat auch der Rücken für seine weiteren Abklärungen und Verhandlungen mit dem Kanton gesetzt.

Jürg Holinger (GL) führt aus, er sei bei der letzten Ortsplanungsrevision schon dabei gewesen und die Überarbeitung der OEW-Zonen war schon damals ein Thema, welches Anlass zu grösseren Diskussionen gegeben hatte. Dies leider ohne Erfolg, da die Stadt diesbezüglich mit dem Kanton nicht ins Gespräch gekommen ist und man in der öffentlichen Verwaltung auf taube Ohren gestossen ist. Das Resultat der kürzlichen eidgenössischen Abstimmung betreffend der Raumplanung beweist aber doch, dass das Bewusstsein in der Bevölkerung betreffend einem verdichteteren Bauen nun doch viel stärker angekommen ist, als

dies früher der Fall war. Seine Fraktion wird der Überweisung der Motion an den Stadtrat zustimmen.

Peter Küng (SP) äussert, auch die SP-Fraktion wird einstimmig die Überweisung der Motion unterstützen. Der Kanton könnte damit wohl eher dazu gebracht werden, ein Konzept betreffend der Nutzung seiner zahlreichen Grundstücke in den OEW-Zonen Liestals zu unterbreiten. Wie sieht beispielsweise die Nutzung der Gebäude und Grundstücke nach dem Wegzug des Lehrerseminars aus Liestal aus? Auch betreffend dem Birmann-Spital sollten vom Kanton nun einmal klare Aussagen gemacht werden. Mit der neuen personellen Zusammensetzung der Regierung sind diesbezügliche Gespräche zwischen dem Kanton und der Stadt evtl. auch wieder eher möglich.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) berichtet, auch ihre Fraktion wird die Überweisung des Vorstosses an den Stadtrat unterstützen. Als weiteres Beispiel kann sie erwähnen, dass unterhalb der Jugendanwaltschaft eine grosse Wiese liegt, welche nur sporadisch als Schafweide genutzt wird. Auch dieses Grundstück des Kantons könnte sicher besser genutzt werden.

Ratspräsident Gerhard Schafroth stellt fest, dass vom Stadtrat auch vom Rat keine weiteren Wortbegehren zum Geschäft angemeldet werden.

://: Die Motion Nr. 2013/35 der einwohnerrätlichen Fraktionen wird einstimmig an den Stadtrat überwiesen.

77 0.01.011.01 Einwohnerrat

18. Wirtschaftsstandort-Attraktivitätserhöhung - Postulat von Daniel Spinnler der FDP-Fraktion betreffend Attraktivitätserhöhung des Wirtschaftsstandorts Liestal (Nr. 2013/36)

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Einwohnerrat
Daniel Spinnler
FDP Fraktion

Liestal, 27. Januar 2013

Postulat – Attraktivitätserhöhung des Wirtschaftsstandorts Liestal

In der Diskussion den Wirtschaftsstandort wird oft das Stedtli ins Zentrum gerückt. Dabei besteht die Gefahr, dass die Unternehmen aus den Augen gelassen werden, die ausserhalb des Zentrums tätig sind.

Die Erträge liegen bei juristischen Personen im 2011 bei rund 11% der gesamten Steuererträge. Hier besteht Potential nach oben.

Das Ziel muss sein, die Attraktivität für Unternehmen in den nächsten 5 Jahren zu steigern, neue aber auch innovative und wertschöpfungsintensive Unternehmen (Personengesellschaften, GmbHs, Genossenschaften, AGs etc.) anzusiedeln und so Arbeitsplätze sowie zusätzliche Steuereinnahmen zu generieren.

Der Stadtrat wird daher eingeladen, folgende Punkte zu prüfen und darüber zu berichten:

1. Analyse Status Quo inkl. Beantwortung folgender Fragestellungen:
 - a. Welche Unternehmen, Branchen sind weshalb und wo in Liestal?
 - b. Wie viele Arbeitnehmende beschäftigen sie und welchen Beitrag an die Wertschöpfung liefern diese?
 - c. Wo ist Liestal besonders attraktiv bzw. wo drückt der Schuh?
 - d. Wie hoch ist das (potentielle) Steuersubstrat pro Branche?
2. Formulierung einer Strategie zur Erhöhung der Wirtschaftsattraktivität von Liestal, innerhalb von 5 Jahren mit folgenden Punkten:
 - a. Formulierung einer verbindlichen Zielsetzung (Branchen, Orte);
 - b. Prüfung der Erschliessung weiterer Gewerbegebiete wie bspw. Gräubern / Untere Wanne mit attraktiven Verkehrsanbindungen (besser bspw. als das Gewerbegebiet Oristal mit Zubringer durch Wohnquartiere);
 - c. Senkung des Steuersatzes zur Steigerung der Ansiedlungsrate von Unternehmen (und damit längerfristig mehr Einnahmen durch mehr Unternehmen bei tieferem Satz);
 - d. Prüfung des Verkaufs/Vergabe des Baurechts von/auf Parzellen des Finanzvermögens;
 - e. Prüfung der Vereinfachung der Ansiedlung/Unternehmensgründung in Liestal;
 - f. Weitere Massnahmen, welche sich aus der Überprüfung gemäss 1) ergeben.
3. Koordination mit der Strategie des Kantons und Einflussnahme zugunsten von Liestal (bspw. als strategische Wirtschaftszone).

Die Beantwortung des Postulats erfolgt optimalerweise im EP14-18.

Namens der FDP-Fraktion:

Daniel Spinnler

* * * * *

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt die Frage, ob der Stadtrat das Postulat übernehmen möchte oder nicht, da das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Stadtpräsident Lukas Ott erklärt, der Stadtrat ist bereit, das Postulat zu übernehmen. Auch der Stadtrat findet eine erhöhte Attraktivitätssteigerung von Liestal als Wirtschaftsstandort wichtig, wenn man beispielsweise anstreben möchte, dass man von einer einseitigen Abhängigkeit bei den Steuereinnahmen natürlicher Personen weg kommt und zusätzliche Firmen als juristische Personen in Liestal ansiedeln möchte. Strategien zur Attraktivitätssteigerung sind noch zu entwickeln, da beispielsweise die formulierte Wirtschaftsoffensive des Kantons ebenfalls auch das Ziel seiner Gemeinden sein sollte. Liestal ist nach Muttenz der zweitstärkste Beschäftigungsstandort im Kanton. Im Zusammenhang mit den verschiedenen aktuellen Quartierplanungen ist schon mehrmals auf die Bedeutung von zusätzlichem Wohnraum hingewiesen worden. Es ist ebenso wichtig, dass parallel zu den entstehenden neuen Wohnungen auch neue Unternehmungen in Liestal angesiedelt werden können.

Daniel Spinnler (FDP) dankt als Postulant dem Stadtrat dafür, dass dieser seinen Vorstoss übernehmen möchte. Anstoss seines Postulates war die erklärte Wirtschaftsoffensive und Strategie des Kantons, von welcher doch auch Liestal profitieren sollte. So müssten beispielsweise Möglichkeiten wie eine bessere Nutzung von OEW-Zonen, wie sie vorgängig diskutiert wurde, und auch die Schaffung von zusätzlichen Baugebieten für Unternehmungen geprüft werden.

Peter Küng (SP) sagt, seine Fraktion wird der Überweisung des Postulates zustimmen, doch sollte man beispielsweise insbesondere einer nachhaltigen Wirtschaftsförderung die gebührende Beachtung schenken. Wichtig ist auch der im Postulat erwähnte letzte Punkt betreffend einem künftig besseren Zusammengehen des Kantons und seiner Gemeinden im Zusammenhang mit der Wirtschaftsförderung.

Corinne Ruesch (GL) meint, auch ihre Fraktion unterstütze grundsätzlich die Postulatsüberweisung an den Stadtrat. Gemäss Absatz 2.b des Postulates kann es aber nun nicht einfach darum gehen, zusätzliches Gewerbegebiet zu erschliessen. Zuallererst müsste nämlich die Nutzung von bestehendem Gewerbeland und der Bedarf an weiteren Gewerbebezonen geprüft werden und bei diesen Erschliessungsfragen ein gesamtheitlicher Blick eingenommen werden. So ist in diesem Zusammenhang auch dem Erhalt und/oder der Schaffung von Grünflächen sowie der Anbindung von Gewerbebezonen an den öffentlichen Verkehr die gebührende Beachtung zu schenken. Auch hinsichtlich der Steuersatz-Senkung gemäss Abs. 2.c des Postulates müssten zuallererst die Folgen einer solchen Steuersenkung aufgezeigt werden.

Diego Stoll (SP) meint, die Thematik bzw. das Postulat könnte gegebenenfalls auch einmal in der BPK behandelt werden.

Hanspeter Meyer (SVP) führt aus, die SVP-Fraktion unterstützt das Postulat einstimmig, wobei einige Punkte des Postulanten doch noch detaillierter zu diskutieren sind.

Rolf Gutzwiller (CVP/EVP/GLP) äussert, die Mittefraktion unterstütze das Postulat ebenfalls einstimmig.

Ratspräsident Gerhard Schafroth stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Das Postulat Nr. 2013/36 wird einstimmig an den Stadtrat überwiesen.

78 0.01.011.01 Einwohnerrat

19. Genossenschaftliches Bauen und Wohnen – Postulat von Matthias Zimmermann namens der SP-Fraktion und Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion (Nr. 2013/37)

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Einwohnerrat Liestal

Genossenschaftliches Bauen und Wohnen in Liestal

Postulat

1920-60 war die Zeit des Genossenschaftlichen Bauens in der Region Basel – nicht nur in Biel und Zürich. Nach Abflauen dieser Bemühungen in der damaligen „Hochkonjunktur“ und der „neoliberalen Phase“ hat das Genossenschaftliche Bauen und Wohnen wegen den rasch steigenden Bodenpreisen und Mieten wieder an Wichtigkeit gewonnen. - Neben dem Wohnbau auf dem freien Markt ist es wichtig, dass moderne Genossenschaftswohnungen auch zurückhaltenden Haushaltbudgets gutes Wohnen ermöglichen. Genossenschaftswohnungen sind bekanntlich etwa 20 % kostengünstiger. Ein gesunder Bevölkerungsmix ist auch für Liestal zukunftsentscheidend.

Wir bitten den Stadtrat zu prüfen, wie er sich die Stadt für genossenschaftliches Wohnen in Liestal einsetzen kann, indem sie beim aktuellen Bauboom

- Das Verwaltungsvermögen durch entsprechende Liegenschaften erweitert*
- Land im Baurecht an Baugenossenschaften abgibt (auch in Zusammenarbeit mit der Bürgergemeinde)*
- Das Genossenschaftliche Wohnen allenfalls auch durch den Kauf von Genossenschafts-Anteilen fördert*

Liestal, den 29.1.2013

Für die SP-Fraktion

Für die SVP-Fraktion

Matthias Zimmermann

Hanspeter Meyer

* * * * *

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Stadtrat Peter Rohrbach teilt, dass der Stadtrat bereit ist, das Postulat zu übernehmen.

Hanspeter Meyer (SVP) dankt als Postulant dem Stadtrat dafür, dass dieser gewillt ist, den Vorstoss zu übernehmen. Mit diesem möchte man den Gedanken von genossenschaftlichen Wohnungsbauten wieder etwas ankurbeln, wobei man damit nicht in den freien Wohnungsmarkt eingreifen möchte.

Matthias Zimmermann (SP) hält als Mitunterzeichner des Postulates fest, dass bezüglich dem genossenschaftlichen Bauen und Wohnen nur wenige private Ansätze in Liestal bestehen, zumal es sich auch um eine soziale Frage handelt, da das Problem von rasch steigenden Wohnungsmieten auch in unserer Region länger und mehr aktuell wird. Die Förderung von genossenschaftlichen Wohnbauten hatte die Stadt Zürich schon vor hundert Jahren angepackt und verfügt heute über einen gesunden Bevölkerungsmix.

Claudio Wyss (CVP/EVP/GLP) führt aus, seine Fraktion ist betreffend dem Postulat geteilter Meinung. Die ablehnende Haltung kann damit begründet werden, dass der soziale Wohnungsbau durchaus gefördert werden soll, doch dürfen dabei auch die guten Steuerzahler nicht vergessen werden. Der soziale Wohnungsbau in Liestal sollte im Moment eher nicht zu stark im Vordergrund stehen.

Jürg Holinger (GL) gibt bekannt, dass die Grüne Fraktion ebenfalls findet, dass das Postulat vom Stadtrat geprüft werden sollte, obwohl die Stadt für genossenschaftliche Bauten nicht Land zur Verfügung stellen kann, wie dies beispielsweise in Zürich möglich ist.

Hanspeter Meyer (SVP) weist darauf hin, dass mit dem Vorstoss in erster Linie nicht die Förderung von sozialem Wohnungsbau, sondern die Schaffung von zusätzlichen genossenschaftlichen Wohnbauten angestrebt wird. Er selbst hatte zusammen mit einem Kollegen vor rund 40 Jahren auf genossenschaftlicher Basis 18 Wohnungen geschaffen. Von den Eigentümern dieser Wohnungen sind auch gute Steuerzahler Liestals dabei.

Karin Jeitziner (FDP) sagt, dass die FDP-Fraktion der Postulatsüberweisung ebenfalls zustimmen wird. Informativ möchte sie festhalten, dass der Bürgerrat seine Verwaltung damit beauftragt hat, weitere Abklärungen betreffend einer möglichen Nutzung im Eglisacker zu treffen.

Ratspräsident Gerhard Schafroth stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Das Postulat Nr. 2013/37 wird mit grossem Mehr gegen 5 Nein-Stimmen an den Stadtrat überwiesen.

79 0.01.011.01 Einwohnerrat

20. Familienergänzende Kinderbetreuung in KITAS auf Basis der Subjektfinanzierung - Postulat von Erika Eichenberger der Grünen Fraktion, von Thomas Eugster der FDP-Fraktion und Patrick Mägli der SP-Fraktion (Nr. 2013/38)

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

An den
Einwohnerrat Liestal

POSTULAT

Familienergänzende Kinderbetreuung in KITAS auf Basis der Subjektfinanzierung

Die Stadt Liestal unterstützt bereits die familienergänzende Kinderbetreuung im Vorschulalter, um die Entwicklung und Integration der Kinder zu fördern und um es den Eltern zu ermöglichen, Familie und Arbeit gut zu vereinbaren.

Es werden in Liestal auf Ende 2013 insgesamt 8 KITAS ihre Dienste anbieten, wobei nur eine, das Tagesheim Sunnewirbel, mit einem jährlichen Betriebsbeitrag von 200'000 SFR unterstützt wird.

Diese Praxis erachten wir als nicht mehr angebracht. Wir wünschen uns eine Gleichbehandlung aller Anbieter und für die Eltern die freie Wahl auf dem Platz Liestal.

Die Unterzeichnenden bitten den Stadtrat deshalb, die aktuelle Subventionierungspraxis der familienergänzenden Kinderbetreuung im Frühbereich zu überprüfen und dem Einwohnerrat einen Vorschlag auf Basis der Subjektfinanzierung zu unterbreiten.

Dabei sind folgende Eckwerte zu berücksichtigen:

- *Beiträge werden in Form von Gutscheinen an erwerbstätige Erziehungsberechtigte mit Wohnsitz in Liestal ausgerichtet, wenn sie ihre Kinder in Liestaler Krippen betreuen lassen. Es können nur Krippen berücksichtigt werden, welche nach den Richtlinien des Verbandes Kindertagesstätten der Schweiz (KiTaS)arbeiten.*
- *Alle Erziehungsberechtigten leisten einen Minimalbeitrag. Ab einem bestimmten Einkommen (inklusive allfälliger Unterstützungsbeiträge) sollen keine Gutscheine mehr ausgerichtet werden, wobei sich die Höhe des Maximaleinkommens nach der Anzahl betreuter Kinder pro Haushalt richtet.*
- *Der Wert der Gutscheine soll sicherstellen, dass der Anteil der selbstgetragenen Betreuungskosten den Faktor 0,5 des zusätzlich generierten Einkommens nicht überschreitet. Für Alleinerziehende wird der Wert der Gutscheine so berechnet, dass keine Benachteiligung gegenüber Doppelverdienern entsteht.*
- *Der Einwohnerrat bewilligt einen jährlichen Subventionsbetrag von 300 000 SFR. im Rahmen des Budgets.*
- *Sollte die Nachfrage nach Subventionen den bereitgestellten Betrag überschreiten, stützt sich der Stadtrat bei der Auswahl der Familien auf eine im Voraus festgelegte Prioritätenliste.*
- *Der Verwaltungsaufwand soll mit den KITAS einheitlich gestaltet und für die Stadt möglichst gering gehalten werden.*
- *Die bisherige Unterstützung des VTOB, Verein Tagesfamilien Oberes Baselbiet, wird beibehalten.*

Liestal, den 28.1.2013

Erika Eichenberger
Grüne Fraktion

Thomas Eugster
FDP Fraktion

Patrick Mägli
SP Fraktion

* * * * *

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Stadträtin Marion Schafroth orientiert, dass der Stadtrat bereit sei, das Postulat zu übernehmen.

Patrick Mägli (SP) dankt als Postulant für die stadrätliche Zusage betreffend der Übernahme des Vorstosses. Die familienergänzende Kinderbetreuung ist in Liestal in der Vergangenheit sehr stiefmütterlich behandelt worden. Der Bedarf an einer diesbezüglichen Angebotserweiterung ist unbestritten und auch die Änderung der bisherigen Subventionierungspraxis der Objektfinanzierung zur neuen Basis einer Subjektfinanzierung ist im Einwohnerrat schon mehrmals thematisiert worden. Die Postulanten sind überzeugt davon, dass mit den im Vorstoss deklarierten Eckwerten eine mehrheitsfähige Lösung im Rat möglich sein sollte. So ist speziell zu erwähnen, dass nur Gutscheine für Liestaler-Krippen abgegeben werden sollen. Es sollen alle Erziehungsberechtigten einen Minimalbeitrag leisten und Unterstützungsbeiträge einkommensabhängig geleistet werden. Der städtische Subventionsbeitrag soll auf CHF 300'000.— erhöht werden, wobei der jetzige Beitrag an den Verein Tagesfamilien oberes Baselbiet VTOB beibehalten werden soll. Die SP-Fraktion wird der Überweisung des Postulates an den Stadtrat zustimmen.

Erika Eichenberger (GL) weist als Postulantin darauf hin, dass kürzlich sogar in der NZZ zu lesen war, dass der Nachholbedarf bei der familienergänzenden Kinderbetreuung gross ist. Liestal verfügt aktuell über sechs Krippen, vor rund acht Jahren hatte sie einen ersten Vorstoss in erwähnter Angelegenheit eingereicht und Liestal verfügt damals gerade über eine Kinderkrippe. Das erweiterte Angebot ist erfreulich, doch ist zu beachten, dass es sich viele Erziehungsberechtigte nicht leisten können, einen finanziellen Beitrag von rund CHF 110.-- pro Kind und Tag zu bezahlen. Einzig das Tagesheim Sunnewirbel wird aktuell mit einem jährlichen Betriebsbeitrag der Stadt von CHF 200'000.— unterstützt. Dieses verlangt die gleichen Tarife wie nicht-subventionierte Krippen und damit erfahren auch Familien nicht unbedingt eine finanzielle Entlastung, die diese auch wirklich nötig hätten. Der mit dem Postulat verlangte Subventionsbeitrag der Stadt von CHF 300'000.— sollte für den Anfang genügen und betreffend der Verteilung dieses Betrages ist vom Stadtrat noch eine Prioritätenliste bzgl. den zu berücksichtigenden Krippen zu erstellen. Auf jeden Fall sollen aber diejenigen Erziehungsberechtigten vom städtischen Subventionsbeitrag profitieren, die sich sonst eine familienergänzende Kinderbetreuung nicht organisieren bzw. leisten können. Ebenso wichtig ist es auch, dass die neuen KITAS von Liestal ihre Betriebe langsam auf- und ausbauen können, doch dürften dafür die Bundes- und Elternbeiträge alleine nicht ausreichen.

Thomas Eugster (FDP) meint als Mitunterzeichner des Postulates, dass es bis Ende dieses Jahres rund 8 KITAS in Liestal geben wird und es kann deshalb nicht sein, dass von der Stadt Liestal auch weiterhin nur gerade ein Tagesheim mit einem grösseren Beitrag finanziell unterstützt wird. Die im Postulat aufgeführten Eckwerte stellen eine politisch tragfähige Lösung dar und es ist den Postulanten ein wichtiges Anliegen, dass der Stadtrat auch bei diesen Eckwerten bleibt. Natürlich kann man sich auch Überlegungen betreffend einem Wechsel zur Subjektfinanzierung bei der familienergänzenden Betreuung von Kindern im Schulbereich machen.

Corinne Hügli (CVP/EVP/GLP) gibt bekannt, dass die Mittefraktion mehrheitlich die Postulatsüberweisung unterstützen wird und den Wechsel zur Subjektfinanzierung ebenfalls befürwortet. Eine Wettbewerbssteigerung unter den Anbietern bzw. KITAS macht Sinn und dürfte auch eine Qualitätssteigerung mit sich bringen. Bezüglich den definierten Eckwerten ist man aber der Meinung, dass auch KITAS in Nachbargemeinden berücksichtigt werden können, zumal ja Erziehungsberechtigte von Liestal Beiträge erhalten sollen. Und beim VTOB sollte man ebenfalls zur Subjektfinanzierung übergehen.

Denise Meyer (SVP) gibt bekannt, dass die SVP-Fraktion der Postulatsüberweisung ebenfalls zustimmen wird. Bezüglich der Kosten sollte aber auch im vorliegenden Fall nicht überbordnet werden.

Ratspräsident Gerhard Schafroth stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Das Postulat Nr. 2013/38 wird mit 34 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen an den Stadtrat überwiesen.

NEUE VORSTÖSSE - Begründung

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) kann nach Umfrage feststellen, dass keine Ratsmitglieder, welche neue Motionen und/oder Postulate eingereicht haben, diese gemäss § 44 des Geschäftsreglementes mündlich begründen möchten.

Schluss der Sitzung: 20.15 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Gerhard Schafroth

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann